

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Jutta Krellmann, Sabine Zimmermann (Zwickau), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/6362 –**

Junge Beschäftigte vor prekärer Arbeit schützen

A. Problem

Viele junge Beschäftigte arbeiten nach den Ausführungen der antragstellenden Fraktion in prekärer Beschäftigung. Befristete Arbeitsverträge, Niedriglohn, Leiharbeit und Werkverträge prägten vielfach ihren Arbeitsalltag. Mittlerweile habe fast jeder vierte Beschäftigte unter 25 Jahren einen befristeten Arbeitsvertrag.

B. Lösung

Die Fraktion DIE LINKE. fordert gesetzliche Regelungen mit dem Ziel, das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder zur Regel zu machen. Dazu solle die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsvertrages gestrichen werden. Der Befristungsgrund „zur Erprobung“ und die Möglichkeit zur „Haushaltsmittelbefristung“ sollten entfallen u. a. m.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenberechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6362 abzulehnen.

Berlin, den 2. Dezember 2015

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese
Vorsitzende

Markus Paschke
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Markus Paschke

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/6362** ist in der 133. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. November 2015 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion begründet ihren Antrag mit dringendem Handlungsbedarf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Dies gelte insbesondere für junge Beschäftigte beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ein selbstbestimmtes Leben und Familienplanung seien für junge Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen nur schwer möglich. Bei den unter 25-Jährigen habe nahezu jeder Vierte einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei den jungen Frauen dieser Altersgruppe gelte das sogar für zwei von drei neu geschlossenen Verträgen. Auch bei den Leiharbeitskräften sei der Anteil junger Beschäftigter höher als im Durchschnitt. Besonders häufig aber seien junge Beschäftigte von Werkvertragsarbeit betroffen und damit von einem Instrument, das systematisch zum Lohndumping eingesetzt werde.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben den Antrag auf Drucksache 18/6362 in ihren Sitzungen am 2. Dezember 2015 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/6362 in seiner 58. Sitzung am 2. Dezember 2015 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte den Antrag als Angriff auf ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument des Arbeitsmarktes in Deutschland ab. Flexible Beschäftigung könne nicht ohne weiteres mit prekärer Arbeit gleichgesetzt werden. Zudem zeige die aktuelle Befristungsquote von 6,9 Prozent, dass man nicht von einem Massenphänomen und einer stetigen Zunahme dieser Beschäftigungsform ausgehen könne. Dazu komme die Übernahmequote von rund 60 Prozent der befristet Beschäftigten in unbefristete Arbeit. Das mache deutlich, dass Befristung eine Brücke in den Arbeitsmarkt schaffe. Dies könne gar nicht hoch genug geschätzt werden. Zeitarbeit erfülle diese Brückenfunktion ebenfalls. Und es sei besser in Zeitarbeit, als ohne Arbeit zu sein.

Die **Fraktion der SPD** lehnte den Antrag ebenfalls ab. Zwar enthalte der Antrag nicht nur Falsches. Die Vorschläge, etwa nach Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, seien grundsätzlich positiv. Der Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU sehe insgesamt viele Maßnahmen mit guten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt vor, allerdings nicht die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Bei der geforderten Höchstüberlassungsdauer von drei Monaten sei darüber hinaus eine Verschlechterung für die Beschäftigten und ein Drehtüreffekt bei Beschäftigten mit geringen Qualifikationen zu befürchten. Zudem gehe die Maßnahme über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages hinaus. Dies gelte auch für ein ausnahmsloses Equal Pay ab dem ersten Tag oder den 10-%igen Flexibilitätszuschlag. Daher werde die SPD-Fraktion mit Rücksicht auf die gemeinsamen Vorhaben koalitionsstreu abstimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE** kritisierte, dass junge Beschäftigte besonders stark von Leiharbeit, Befristung und Werkverträgen betroffen seien. Das bedeute oftmals, für gleiche Tätigkeit einen geringeren Lohn und schlechtere Absicherung zu bekommen. Das sei nicht zu rechtfertigen, insbesondere angesichts der guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Diese Ungerechtigkeit solle der Antrag beseitigen. Darüber hinaus sei zu bedenken, dass es den Betroffenen nichts nutze, wenn gleicher Lohn für gleiche Arbeit erst nach Monaten gezahlt werde. Dann arbeiteten viele Leiharbeitskräfte und Werkvertragsbeschäftigte schon an einem anderen Arbeitsplatz.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** übte ebenfalls Kritik an Leiharbeit, Befristung sowie Werkverträgen besonders für junge Beschäftigte und stimmte Teilen des Antrags zu. Die Forderung nach Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sei berechtigt. Auch seien die Ausnahmen für junge Menschen beim Mindestlohn zu kritisieren. Man stimme mit der Einschätzung überein, dass der Weg junger Menschen immer häufiger durch prekäre Arbeitsverhältnisse bestimmt werde. Wenn junge Erwachsene in erster Linie immer wieder mit der Jobsuche beschäftigt seien und Unsicherheit zum Normalzustand werde, dann würden nicht nur Lebens- und Familienplanung beeinträchtigt, sondern es fehle auch die Kraft für gesellschaftliches, politisches und gewerkschaftliches Engagement. Leiharbeit müsse ab dem ersten Tag genauso bezahlt werden wie die regulären Beschäftigungsverhältnisse im Betrieb. Darüber hinaus müsse ein Flexibilitätsbonus von zehn Prozent eingeführt werden. Andere Forderungen dagegen könne die Fraktion nicht mittragen. So sei eine Festlegung der Höchstüberlassungsdauer von drei Monaten nicht sinnvoll.

Berlin, den 2. Dezember 2015

Markus Paschke

Berichterstatler